

Gute Arbeit verhindert kriminelle Karrieren

Die Arbeitsmarktsituation spielt eine wichtige Rolle für die Resozialisierung von Straftätern, wie der Ökonom Kevin Schnepel von der Universität Sydney herausgefunden hat. Damit die Rückfallquote sinkt, bedarf es attraktiver Beschäftigungsmöglichkeiten jenseits des Niedriglohnssektors.

Schnepel hat Daten der US-Behörde für Justizstatistik zu 1,7 Millionen männlichen Straftätern ausgewertet, die zwischen 1993 und 2008 aus kalifornischen Haftanstalten entlassen worden sind. Da die Ex-Häftlinge per Bewährungsaufgabe an den Bezirk gebunden sind, in dem sie vor der Verurteilung ihren Wohnsitz hatten, konnte der Forscher lokale Arbeitsmarktdaten zum Rückfallrisiko in

Beziehung setzen. Als Indikator für die Beschäftigungsmöglichkeiten hat er die Anzahl der neu besetzten Stellen in denjenigen Branchen verwendet, die für entlassene Strafgefangene typischerweise in Frage kommen. Das sind zum einen klassische Niedriglohnbranchen wie die Gastronomie, zum anderen die Produktion und das Baugewerbe, wo die Bezahlung zum Teil doppelt so hoch ausfällt und insgesamt deutlich bessere Arbeitsbedingungen herrschen.

Wenn man Faktoren wie das Alter der Ex-Häftlinge, die Dauer ihrer Haftstrafen oder die lokale Armutsquote herausrechnet, ist die Zahl der rückfälligen Delinquenten umso geringer, je mehr offene Stellen für Geringqualifizierte es in Bau

und Produktion zum Zeitpunkt der Entlassung gibt. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in den anderen Branchen wirken sich dagegen nicht signifikant aus.

Alles in allem sprächen die Ergebnisse dafür, dass die Qualität von Jobs wichtiger als die bloße Quantität ist, so Schnepel. Programme, die auf eine Senkung der Inhaftierungsquote abzielen, sollten demnach mehr gute Arbeit für Ex-Strafgefangene ermöglichen – beispielsweise durch die Förderung von Branchen mit attraktiven Arbeitsplätzen, Initiativen für bessere Bezahlung im Niedriglohnsektor oder durch Qualifizierungsangebote in Gefängnissen. <

Quelle: Kevin T. Schnepel: Good Jobs and Recidivism, Economic Journal, August 2016 (online)

KRANKENVERSICHERUNG

Szenarien für den Umbau

Die Bürgerversicherung bringt den Versicherten mehr Gerechtigkeit. Wie lässt sie sich einführen?

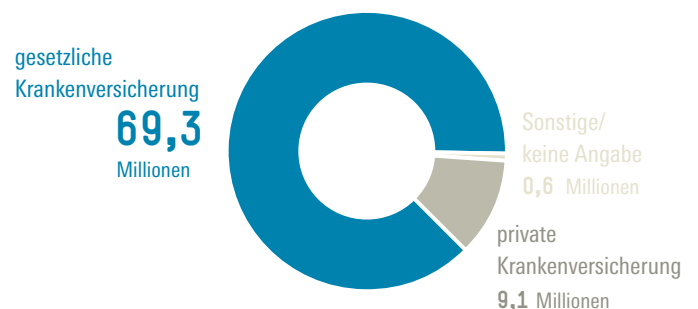
Mit einer Bürgerversicherung lässt sich die europaweit einmalige Aufspaltung in gesetzliche und private Krankenversicherung überwinden – und die Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland abschaffen. Ein weiterer Vorteil: Die Krankenkassenbeiträge könnten in einem einheitlichen System mit solidarisch finanzierten Leistungen für alle Versicherten um durchschnittlich ein bis drei Prozentpunkte sinken, wie verschiedene Studien zeigen.

Der Übergang vom zweigeteilten System hin zu einer Bürgerversicherung wäre aber auch mit Herausforderungen verbunden – vor allem für die privaten Krankenversicherer (PKV), deren bisheriges Geschäftsmodell infrage gestellt wäre. Die Hans-Böckler-Stiftung hat ein Forschungsprojekt am IGES Institut gefördert, das die Folgen für die Beschäftigten in PKV-Unternehmen abschätzt und verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigt. Die Studie des Gesundheitsforschers Martin Albrecht, die auf mehrstufigen Expertendiskussionen und Auswertungen der Forschungsliteratur basiert, unterscheidet vier Transformationsszenarien.

In einem der vier Szenarien würden GKV- und PKV-Unternehmen unter gleichen Wettbewerbsbedingungen auf einem gemeinsamen Markt agieren. Alle Kassen und Versicherer wären in einen gemeinsamen Risikostrukturausgleich einbezogen. Die Kunden hätten mehr Möglichkeiten, den Versicherer zu wechseln. Ein Trend, der sich bereits heute abzeichnet,

Großteil ist gesetzlich versichert

So viele Mitglieder hat die ...



Quelle: Destatis 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0536

Hans Böckler Stiftung

würde sich verstärken: Immer mehr Menschen wechseln von der privaten in die gesetzliche Krankenversicherung. Der Prognose zufolge dürfte dies über einen Zeitraum von zehn Jahren dazu führen, dass die Zahl der Beschäftigten bei PKV-Unternehmen und bei freien Vertriebsbüros um ein Drittel sinkt.

Nach Einschätzung der Experten ist dieses Szenario günstiger als andere untersuchte Szenarien wie etwa das abrupte Ende des Neukundengeschäfts in der PKV. „Die Erforschung verschiedener Optionen zeigt, dass für den Übergang in eine Bürgerversicherung politische Gestaltung nötig ist“, sagt Dorothea Voss, Sozialexpertin in der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Dabei sei an arbeitsmarkt- und qualifizierungspolitische Instrumente für die Beschäftigten der Versicherungsbranche oder Zwischenstufen der Reform des Krankenversicherungssystems zu denken. <

Quelle: Martin Albrecht u.a.: Transformationsmodelle einer Bürgerversicherung. Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 332, Oktober 2016 Download: bit.do/impuls0535